

So versuchen die Brieger Selbstherrscher durch Ausnutzung desselben Personals, das ihnen den Aufbau ihrer Betriebe erst ermöglicht hat, dieses zu schändlichem Arbeiterverrat zu pressen. Durch diese Ausnutzung der Notlage der Arbeiterkraft glauben die Brieger Unternehmer den Rechtswirkungen der allgemeinerbindlich erklärten Reichstabelle aus dem Wege gehen zu können oder schon gegangen zu sein. Sie sind im Irrtum. Mit dem Eintritt in dieses Stadium wird der Kampf mit den Brieger Alleinherrschern erst beginnen. Niemand wird ihnen das Recht zugesprochen, mit Hilfe eines mit den unerlaubtesten Mitteln erpressten gelben Berufsvereins das gesetzlich sanktionierte Recht der Gesamtarbeiterschaft und des Gesamtberufs aus der Welt zu schaffen und infolge der in Brieg gezahlten Hungerlöhne den realen Unternehmern die schmutzigste Konkurrenz weiterhin machen zu dürfen. Die von Reichsinstanzen allgemein verbindlich erklärten Lohn- und Arbeitsbedingungen haben — trotz der gegebenen Pesti — auch in Brieg Rechtskraft.

Auf Einzelheiten des unerhörten Vorgehens der Brieger Unternehmer, die deren Verhalten erst ins rechte Licht stellen, kommen wir noch zurück.

Der Arbeitsmarkt im Januar.

Nach den fast restlos vorliegenden Berichten zeigt die Lage des Arbeitsmarktes Ende Januar gegenüber dem Vormonat eine weitere ganz erhebliche Verschlechterung. Und zwar wurden insgesamt 7260 = 13,7 Proz. Arbeitslose und 21385 = 40,2 Prozent Kurzarbeiter ermittelt, während Ende Dezember nur 11,9 bzw. 21,2 Proz. vorhanden waren. Getrennt nach Geschlechtern entfielen auf die männlichen Mitglieder 2100 = 12 Proz. Arbeitslose und 6365 = 36,4 Proz. Kurzarbeiter, während bei den weiblichen 5160 = 14,5 Proz. Arbeitslose und 15020 = 42 Proz. Kurzarbeiter vorhanden waren, so daß also insgesamt 54 Proz. der Mitglieder von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen waren, während im Vormonat diese Zahl nur die Höhe von 33,2 Proz. erreichte.

In einigen unserer wichtigsten Industriezentren zeigte der Arbeitsmarkt folgendes Bild. Es waren vorhanden in

	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Berlin	11,3	56,4
Hamburg	17,0	14,4
Hannover	24,1	35,0
Köln	27,0	41,7
Leipzig	13,3	65,0
Dresden	17,0	44,0
Stuttgart	16,3	59,0
Nürnberg	15,6	5,0

Aus der vorstehenden Zusammenstellung zeigt sich, daß die Zahl der Arbeitslosen allein kein klares Bild über die Lage des Arbeitsmarktes gibt. Während z. B. Leipzig mit seinen 13,3 Proz. Arbeitslosen noch unter dem Reichsdurchschnitt bleibt, hat es mit 65 Proz. den höchsten Stand der Kurzarbeiter. Andererseits steht Nürnberg mit seinen 15,6 Proz. Arbeitslosen erheblich über dem Reichsdurchschnitt, während es jedoch mit 5 Proz. den niedrigsten Stand an Kurzarbeitern aufweist.

Die verschärfte Krise kommt auch in den Berichten über den Geschäftsgang in den Betrieben in prägnanter Weise zum Ausdruck. Von den 132 Betrieben mit 14552 Beschäftigten waren nur 8 Betriebe mit 902 Beschäftigten = 6 Proz., die einen guten Geschäftsgang hatten, während 44 Betriebe mit 4937 = 34 Proz. der Beschäftigten einen befriedigenden Geschäftsgang meldeten, dagegen 80 Betriebe mit 3713 = 60 Proz. der Beschäftigten über einen zum Teil sehr schlechten Geschäftsgang berichteten. Erwähnt sei noch, daß von mehreren größeren Betrieben hierbei berichtet wurde, daß die „Produktion scheinbar künstlich gestoppt“ werde.

Und nochmals: Das Buch ist zu teuer!

In unserer Nr. 4 haben wir uns infolge des Wertanses der Buchbindereibesitzer nach Lohnabbau mit der Preisgestaltung des gebundenen Buches beschäftigen müssen. Die Quintessenz unserer Ausführungen lag in den folgenden Sätzen:

„Wir wollen ganz selbstverständlich, daß die Betriebe unseres Gewerbes auch ren-

tabel wirtschaften. ... Überall zeigt sich eine Verteuerung des Bucheinbandes, die ihre Ursache in der unverstärktesten Profitsucht des Buchhandels hat. Dort soll man mit dem Preisabbau einsetzen und den knappen Arbeitslohn unserer Kollegen und Kolleginnen von Experimenten verschonen, die nur weitere Vorteile in die Taschen des Verlegers leiten. Dies sollten auch unsere Unternehmer begreifen und sie sollten sich den Grundsatz zu eigen machen, der für gute Arbeit auch guten Lohn verlangt. Um ihre Betriebe wirtschaftlich zu gestalten, nützt ihnen nicht Lohnabbau, sondern eine anständige Bezahlung ihrer Aufträge durch die Buchverleger. Dort (d. h. bei diesen) ist mit dem Abbau zu beginnen, was allerdings gleichbedeutend sein müßte mit einer Umstellung des überorganisierten Buchhandels.“

Diese unsere Abhandlung in Nr. 4 hat uns nun einige Zuschriften aus den Kreisen der Buchbindereibesitzer eingetragen, die es sich allerdings verlagern, auf diese Grundtendenz unseres Artikels einzugehen, die darum auch kein Wort der Zustimmung zu dieser Tendenz enthalten. Wenn also das Arbeiterblatt für eine ausreichende Bezahlung der Produkte unserer täglichen Berufsarbeit eintritt — und das geschieht, um auch der Arbeiterschaft einen ausreichenden Lohn zu sichern — dann weiß der Unternehmer dazu nichts zu sagen. Und wenn er sich doch zu einer Äußerung aufschwingt, dann geschieht das in einer Form, die recht deutlich erkennen läßt, wie peinlich berührt der Großunternehmer ist, daß sich das Arbeiterblatt auch darum kümmert, welcher Art und Höhe die Bezahlung der Arbeiten der Großbuchbinderei durch ihre Auftraggeber ist. Schreibt doch einer der Herren wörtlich:

„Daß der Artikel sonst von volkswirtschaftlichen Schlussfolgerungen aus Sachkenntnis belastet wäre, wird niemand behaupten wollen. Schließlich ist es auch nicht der Zweck der „Buchbinder-Zeitung“, volkswirtschaftlich und gewerblich richtige Rechnungen zu vermitteln.“

Diese klassische Bemerkung kennzeichnet die Haltung eines Teiles der Großbuchbindereibesitzer.

Die uns zugegangenen Zuschriften wenden sich gegen einen beiläufigen Abfall in unserem Artikel, in dem eine Kalkulation eines Einbandes gegeben wurde und in dem gesagt ist, daß unsere Unternehmer auf Lohn- und Materialkosten einen Generalszuschlag für sonstige Spesen, Geschäftsumkosten und Gewinn legen. Das war zweifellos ein Irrtum von uns — der seinen Ursprung allerdings in einer nicht ganz zuverlässigen Angabe einer Großbuchbinderei hat — denn der Gesamtspezenzuschlag wird nur auf die Lohnsumme gelegt. Dabei wird merkwürdigerweise in einigen Zuschriften, die sämtlich eine Richtigstellung unserer hierdurch korrigierten Behauptung bezwecken, ver-sch-wiegen, daß auch die Materialkosten einen Zuschlag erhalten, der unter der Bezeichnung „Für Verschleiß“ läuft. Das ist um so eigenartiger, wenn sich diese Zuschriften auf das Prehgesetz berufen.

Wenn durch unseren Artikel in Nr. 4 einige unserer Großbuchbindereibesitzer zu Angaben veranlaßt wurden, die sie sonst als tiefstes Geheimnis hielten — die Kalkulationsrichtlinien des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer zum Beispiel werden im Gegensatz zu den Richtlinien anderer Berufsgruppen streng vertraulich behandelt —, dann hat das natürlich für uns auch sein Gutes, zwingt uns jedoch zur gleichen Zeit einiges dazu zu sagen. Unsere Buchbindereibesitzer klagen andauernd, daß die Konkurrenz in ihren eigenen Reihen eine oft kaum erträgliche ist. Wie recht sie damit haben, zeigen die uns gewordenen Zuschriften, aus denen hervorgeht, daß ihre Kalkulationsrichtlinien zu einem außerordentlich beherrschbaren Begriff geworden sind. Sowohl in bezug auf die Zuschläge auf das Material zeigen sich die unterschiedlichsten Neigungen — die Höhe der Zuschläge schwankt nach den eigenen Angaben der Zuschriften zwischen 10 und 25 Proz. der Materialkosten! — als auch in bezug auf den Generalspezenzuschlag auf die Lohnsumme. Während in der einen Zuschrift dieser Gesamtspezenzuschlag niedriger gehalten ist als in anderen und trotzdem damit angeblich alle Kosten abgegolten sind, zeigen andere mit höheren Zuschlägen außerdem noch den unterschiedlichsten Zuschlag für Gewinn. So gut wie gar nicht beachtet werden

die Kalkulationsrichtlinien, die nach uns gewordenen Mitteilungen einer Großbuchbinderei einen Spezenzuschlag von 180 Proz. auf die Lohnsumme zulassen sollen. Falls dieser Prozentsatz richtig sein sollte — wir müssen uns da auf die uns gewordenen Mitteilungen einer Großbuchbinderei stützen, nachdem uns ein Einblick in diese Kalkulationsrichtlinien nicht gegeben ist und auch die Zuschriften nichts darüber sagen, auch die auf das Prehgesetz sich berufende nicht! —, können wir feststellen, daß die Preisgestaltung durch unsere Unternehmer eine mehr als erträglich sein kann, unter jeder Hinsicht ist. Unter Zugrundlegung der von uns angegebenen Lohnsumme und der Materialkosten berechnet die eine Zuschrift den Preis für 100 Bücher auf 59,25 Mk., eine andere auf 45,50 Mk. Das ist ein Preisunterschied von 30 Proz.! Sollte das nicht zu denken geben und auch Veranlassung sein, daraus Rückschlüsse zu ziehen? Aus Berufsinteresse verzichten wir auf die Angabe weiterer Einzelheiten. Wenn sich aber die Lohngestaltung richten soll nach der Preisgestaltung der Unternehmer und als Richtlinie hierzu der billigste Satob den Ausschlag geben sollte, dann muß eben der korrekt kalkulierende Unternehmer unter den Schritten kommen, da er bei solchen Kalkulationsmethoden selbstverständlich Aufträge kaum bekommen kann. Deshalb darf auch bei Lohnverhandlungen der größere Wert nicht auf die Jammerreden der Preisdrücker gelegt werden, sondern als Basis hat zu gelten die Unterlage des korrekt kalkulierenden Unternehmers. Mag dann der Preisdrücker lecher wo er bleibt, ihn zu schützen hat niemand Veranlassung.

Götterdämmerung im kommunistischen Verband?

„Zwei Jahre sind vergangen, seitdem die Einheit der Berliner Buchbinderbewegung zerstört und ein tiefer Riß in die Reihen der deutschen Kollegen gestiftet wurde.“ So schreibt Otto Gäbel in einem Artikel „Zwei Jahre Oppositionsverband und unser Kampf um die Einheit“ im „Graphischen Block“. Das könnte ein ebrliches Bekenntnis der Schuld sein, wenn nicht Gäbel im gleichen Augenblick in der Propaganda der zerschundenen Tendenz en fortfahren würde, die ihm zur zweiten Natur geworden ist. Schon der Titel seines Artikels ist grober Unfug, er tarantoliert aufs bestmögliche mit der Wahrheit. Ein Verband, der mit Vorbedacht zu dem ausdrücklichen Zweck gebildet wurde, die freie Gewerkschaft zu zerstören, ist kein Oppositionsverband, es ist ein Verband, dessen Hintermänner bewußt und mit Absicht arbeiterschädigende Tendenzen fördern. Nach landläufigen Begriffen ist eine solche Handlung ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. ... und unser Kampf um die Einheit“ sagt Gäbel. Hat denn der einen Kampf um die Einheit zu führen, der diese Einheit erst bewußt und mit Absicht zerstörte? Nicht einen Kampf um die Einheit führte und führt Gäbel, sondern einen Kampf um die Zerstörung unserer Organisation!

Dieser Kampf hat ihm keinen Erfolg gebracht. Das sieht nun nachgerade auch Gäbel ein, und darum sucht er die Tatsachen zu verdrängen. Er sagt: „die Gründung eines neuen Verbandes, der sich über das ganze Reich erstreckt, vorzunehmen, wurde von der Mehrheit abgelehnt.“ Von so kurzem Gedächtnis sollte Gäbel niemanden halten, daß er diese Behauptung als bare Münze nimmt, denn es steht noch zu gut in aller Erinnerung, wie Gäbel und seine „Mitführer“ im kommunistischen Verband im ganzen Lande herumgereist sind, um Proselyten für ihre zerschundenen Tendenzen zu machen. Nachdem sie — mit Ausnahme von Berlin — überall eine Abfuhr erhielten, kommt der Biedermann jetzt und behauptet dreist und gottessüchtig, daß eine Ausdehnung über das ganze Reich ja nicht gewollt gewesen wäre. Wer so mit der historischen Wahrheit umspringt, dem glaubt man es natürlich sofort, wenn er weiter behauptet, daß auch heute noch 3000—4000 Kollegen und Kolleginnen treu zur Opposition stehen. Anscheinend zählt Gäbel auch diejenigen unserer Mitglieder mit zu seiner Opposition, die, obwohl sie Kommunisten sind, den Gäbelschen Hufarenritt zur Bildung eines kommunistischen Verbandes aus guter ehrlicher gewerkschaftlicher Überzeugung und Gewissenhaftigkeit nicht mitmachen.

Einheitsfront, der neue Schwindel.

Eine Erklärung des Vorstandes des ADB.

Doch darauf soll es uns nicht ankommen, zumal wir wissen, daß das radikale Phrasengebimmel derer um Gabel nur eine Umnebelung der Hirne allzu Leichtgläubiger darstellt, die, mit sich selbst zerfallen, Rettung aus ihrer Not dort zu finden hoffen, wo ihnen die meisten — Versprechungen gemacht werden, unbefümmert darum, daß die Einlösung dieser Versprechungen jenen Leuten noch niemals Kopfschmerzen gemacht hat. Was von dem zitierten Artikel Gabels bemerkenswert ist, das ist das rückhaltlose Eingeständnis des Zusammenbruchs aller radikalen Phrasenologie. Gabel sagt:

„... Aber wir müssen uns auch die Frage vorlegen, war der Oppositionsverband in der Lage, die Taktik der Untätigkeit der Reformisten zu brechen, die Kollegenchaft, wenn auch nur in Berlin, aufzurufen, um in der Zeit guter Konjunktur ein Fundament zu schaffen, das für die Existenz der Kollegenchaft in der bestimmt kommenden Wirtschaftskrise erträglich und von Dauer ist? War der Oppositionsverband in der Lage, die Lohn- und Tarifverhandlungen zu beeinflussen, einen Massendruck der Kollegenchaft hervorzurufen, um die reformistischen Tarifverhandler vorwärts zu treiben und die Unternehmer zu weitgehenden Zugeständnissen zu zwingen?“

Es wäre ein Verbrechen an der Kollegenchaft, hier mit falschen Karten zu spielen. Aus diesem Grunde muß mit einem Nein geantwortet werden...“

Damit verkündet Gabel uns nichts Neues. Jedem Kenner der Wirtschaftsverhältnisse, jedem ernstlichen Beobachter aller Erscheinungen im öffentlichen Leben, aber auch jedem Kenner der menschlichen Seele und der Natur der Arbeiterchaft war es von Anfang an klar, daß dieser Zusammenbruch der radikalen Phrasendrescher über kurz oder lang kommen mußte. Den harten Tatsachen läßt sich nun einmal mit starken Worten — und nur mit starken Worten — nicht beikommen, wenn die — Taten fehlen. Mit Phrasen ist der hungrige Magen nicht zu füllen, und die radikalen Tiraden werden nachgerade auch denen über, die stärkeren Tobak vertragen können. Was die Arbeiterchaft sehen will, sind praktische Ergebnisse ihres Denkens und Handelns, und ihr dürfte der Spaß in der Hand lieber sein, wie die Taube auf dem Dache, die davonfliegt, wenn man sie greifen will.

Wer aber glaubt, daß Gabel aus seiner oben zitierten Erkenntnis nun auch die Nutzenwendung ziehen würde, der muß sich vor Enttäuschungen hüten. Gabel denkt gar nicht daran, von der Zerstörung und Unterminierung unseres Verbandes abzulassen. In seinem bodenlosen, aus politisch-radikalem Agitationsbedürfnis heraus geborenen Haß gegen unseren Verband benutzt er seine Erkenntnis nur, um weiterhin Klübel voll Unrat über unseren Verband und seine Leiter auszuschütten. Zur gleichen Zeit, in der er mit scheinheiligem Augenaufschlag den „Kampf um die Einheit“, die er zertörte, auf Befehl der kommunistischen Parteizentralen predigt, legt er sein die Arbeiterinteressen verrates Handeln auf Verächtlichmachung der besten gewerkschaftlichen Arbeit seelenruhig fort. Gabel würde niemals seiner Ueberzeugung von der Erfolglosigkeit seiner Zersplitterungsaktion Ausdruck gegeben haben, wenn ihm jetzt nicht das Feuer unter den Nägeln brennen würde, wenn ihm nicht jetzt die ihm in eitlem Verblendung nachgelaufenen Kollegen und Kolleginnen zu Gemüte führen würden, daß die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften in der Zeit der Not, wie sie z. B. durch die jetzige schwere Arbeitslosigkeit gegeben ist, eine bessere Einrichtung darstellen zur Erhaltung der Kampfkraft der Gewerkschaftsmitglieder, wie die Phrasen der im Banne Mostaus stehenden, ach so kleinen Akteure auf dem kommunistischen Marionettentheater.

Wie abgeschmackt die Theaterpielerei Gabels ist, zeigt, daß er bei allem Geißel, in das er seine Anhänger geführt hat, wider besseres Wissen nur eine Befürchtung zum Ausdruck bringt: Die „Buchbinder-Zeitung“ möchte ob seines jämmerlichen Flakos ein „Hosianna in der Höhe“ anstimmen! Doch auch hier offenbart Gabel nur eine totale Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse, die er hinter einer Gesinnungslumperei verbirgt. Es gibt niemanden, dem dies Geschick der von Gabel und Kon-

Die Kommunistische Partei hat eine neue Kampfesfront aufgetan, merkwürdigerweise gegen den ADB. Sie kämpft unter der abgebrauchten Standard der proletarischen Einheitsfront. Den willkommenen Anlaß fand sie in der Vermittlungsaktion, zu der sich der Bundesvorstand des ADB. bereit fand, als es sich um die Schaffung eines übereinstimmenden Wortlautes des der Volksentscheidung vorzulegenden Gesetzesentwurfes über die Fürsteneinteignung handelte. Der Bundesvorstand hatte diese Vermittlung auf Anruf der beteiligten Parteien übernommen, da auch er einen solchen Volksentscheid wünschte. Mit dieser Vermittlungsaktion war die aktive Mitwirkung des Bundesvorstandes an dem Volksentscheid erledigt. Die weitere Durchführung der Aktion ist eine Angelegenheit der Parteien, nicht der Gewerkschaften. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, daß der Volksentscheid erfolgreich durchgeführt wird und zum Siege gelangt. Aber ihre Mitglieder sind auch politisch organisiert und in ihren Parteien tätig. Man darf von ihnen erwarten und verlangen, daß sie dort für die Verwirklichung des der Volksabstimmung unterbreiteten Programms wirken werden, ohne die Kräfte der bereits durch die Wirtschaftskrisis in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften dafür in Anspruch zu nehmen.

Anders denkt die Kommunistische Partei, die fremder Krücken bedarf, um wieder auf die Beine zu kommen. Ihr war die Frage der Fürsteneinteignung nur eine der vielen Parolen, die ihrer Agitation dienen. Als nun diese eine Parole aktuell wurde und etwas auf diesem Gebiet geschehen mußte, schrie sie plötzlich nach der Einheitsfront mit den Gewerkschaften. Es war schwer, ihr begreiflich zu machen, daß der ADB. für solche Kinkerlitzchen nicht zu haben sei.

Für ein eheliches Zusammenarbeiten kommt die A.D. überhaupt nicht in Betracht — das hat uns die Vergangenheit genugsam gelehrt —, und für eine andere Einheitsfront muß sich der ADB. bedanken, denn Schmarroher und Parasiten pflegen unangenehme Bett- und Lebensgenossen zu sein, die nicht das gemeinliche Wohl, sondern nur den eigenen Vorteil auf Kosten ihres Wirts im Auge haben.

In den Vermittlungsverhandlungen der Parteien wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Gewerkschaften die Durchführung der Volksentscheidungsaktion den Parteien überlassen, und daß jede Partei diesen Kampf selbständig führen werde. Die Gründung von Einheitskomitees dürfe nicht stattfinden. Trotz dieser Vereinbarung treten die Kommunisten allerorts mit solchen Einheitskomitees auf den Plan. Sie mißachten damit das Abkommen über die Durchführung des Volksentscheides. Aber hat sich die K.P.D. jemals an Abmachungen gehalten?

In der Tat wollen die Kommunisten die Volksentscheidungsaktion nur dazu benutzen, sich an die Gewerkschaften heran- und, wenn möglich, in diese hereinzudrängen, um größeren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft zu bekommen. Wich-

tiger als der ganze Volksentscheid dünken ihnen die sogenannten Einheitskomitees, die sie überall gründen und durch Heranziehung der Gewerkschaften flott zu machen suchen.

Wir warnen unsere Gewerkschaftsgenossen auf das entschiedenste, auf diesen plumpen Schwindel hereinzufallen.

Es gibt keine Kampfgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und K.P.D., auch nicht in der Frage des Volksentscheides. Es ist Sache der politischen Parteien, nicht der Gewerkschaften, die Volksabstimmung über die Fürsteneinteignung vorzubereiten und durchzuführen.

Daß es den Kommunisten nicht um den Volksentscheid, sondern nur um ihren proletarischen Einheitsfronttrümmel zu tun ist, beweist ein Rundschreiben, das sie an die Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen geschickt haben.

In diesem Schreiben wird die proletarische Einheitsfront vor allem für die gewerkschaftlichen Kämpfe verlangt, um die Offensive des Unternehmertums abzuwehren. Es werden für die gegenwärtige Krisenperiode Wirtschaftskämpfe auf breiter Basis und in enger Verbindung mit den Erwerbslosen verlangt, die in kürzester Zeit über ganz Rheinland-Westfalen auszuwehnen seien, um so die Offensive der Kapitalgewaltigen zum Stehen zu bringen.

Der eigentliche Zweck der Einheitskomitees ist also:

Wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Erwerbslosen.

Da die Kommunisten bei den Gewerkschaftsleitungen kein Glück damit haben, suchen sie wieder einmal die Betriebsräte größerer Werke für ihre Machenschaften einzufangen. Wir warnen auch die Arbeiterchaft und ihre Vertretungen in den Betrieben ernstlich vor diesem Einheitskomiteeschwindel. Wer in diesen Komitees mitwirkt, der verläßt die gewerkschaftliche Einheit des ADB., die seiner Ergänzung durch die Kommunisten bedarf. Auf dem Gebiete der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen. Da hat jede Verhandlung mit der kommunistischen Partei auszuschleiden.

Weder für den Volksentscheid, noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitskomitees. Wer ihrer bedarf, das sind einzig die Kommunisten, und wer ihnen dabei hilft, der schädigt die Gewerkschaften.

Wir fordern die gewerkschaftlichen Instanzen aller Verbände, die Bezirkssekretäre und Ortsausschüsse auf, dem neuen

Einheitsfrontschwindel

in der schärfsten Weise entgegenzutreten. Es ist ein unerhörter Stand, daß die Kommunisten angesichts des auch von ihnen gewollten Volksentscheides nichts Besseres zu tun haben, als parteipolitische Zwecke willen den Kampf in die Gewerkschaften zu tragen. Wenn die Volksbewegung darunter leidet, fällt alle Verantwortung dafür auf sie zurück!

orten so sehr Irreführten näher geht, wie den verantwortlichen Leitern unseres Verbandes. Ein solches Gefühl mag allerdings einem Menschen wie Gabel fremd sein.

Hinter dem Geschreibsel Gabels über den „Kampf um die Einheit“ verbirgt sich nichts anderes,

wie der völlige Zusammenbruch seiner Ideen, ein Zusammenbruch, der beschleunigt wurde, als der Rubel aufhörte zu rollen. Lauterkeit der Motive war noch nie seine starke Seite. Und der Mann glaubt noch, daß man ihn und seine Schreibereien ernst nehmen soll!

Das Leder im Handwerk und Kunstgewerbe.

III.

Zunächst traten infolge der allgemeineren Verbreitung des Buchdrucks an die Stelle der früher gebräuchlichen Folianten die kleineren Formate, durch die nicht nur die Anfertigung eines leichteren Deckels, sondern auch eine zierlichere Behandlung der Ornamentation desselben bedingt war. Für letztere aber erschienen die der Renaissance eigentümlichen orientalischen Motive mit ihren reizenden Verschlingungen ganz besonders geeignet, zumal durch diese mit Anwendung von Goldprägung und Farbe die reichsten Wirkungen erzielt werden konnten. Zur leichteren Herstellung derselben bediente man sich nimmehr neben den Rollen, die von da an mit eingravierten Renaissance-Verzierungen versehen wurden, der sogenannten Filieten, bestehend in halbmondförmigen Eisen- oder Messinginstrumenten, auf deren unteren Fläche (oder Schneide) sich die zum Einprägen bestimmte Verzierung erhaben geschnitten befand. Da dieses Werkzeug, ebenso wie die Rollen, mit einem hölzernen Stiele versehen war, konnte es in erhöhtem Zustande mit der Hand zur Herstellung von Blind- und Golddruck verwendet werden. Die Einbände aus jener Zeit geben ein ebenso glänzendes Zeugnis für die große technische Fertigkeit, mit der der damalige Buchkünstler diese Instrumente zu handhaben wußte, als für den unerforschlichen Reichtum der Phantasie, durch die, oft mit Verwendung und mannigfacher Zusammenstellung derselben Stempel und Filieten immer neue Ornamente in stillvoller Gestaltung hervorgebracht wurden. Spätere Einbände aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts beweisen, daß sich die in der Glatzperiode angefertigten Filieten noch lange in den Werkstätten der Meister erhalten haben, dann aber eine weniger geschmackvolle Verwendung fanden, indem ihre Zusammenstellung oft in verlässlicher und zufälliger Weise geschah.

Die reichsten mit den schönsten Renaissance-Ornamenten in Blind- und Golddruck und Verwendung von farbiger Dekoration hergestellten Lederprägungen deutscher Arbeit sind uns aus dem 16. Jahrhundert erhalten. Sie sind zum größten Teil von sächsischen Meistern gefertigt und lassen den Einfluß nicht verkennen, den die hervorragenden Künstler der damaligen Zeit auf ihre Herstellung unmittelbar ausgeübt haben. Unter den Fürsten der damaligen Zeit war es vor allem Kurfürst August von Sachsen (1526—1586), der die Buchbinderkunst zu künstlerischer Entfaltung brachte und diesem Kunstgewerbe nach der von ihm vollzogenen Gründung der späteren königlichen Bibliothek in Dresden seine persönliche Teilnahme in hohem Grade widmete. Die Liebhaberei dieses Fürsten für die Buchbinderkunst war eine so große, daß er sich nicht allein darauf beschränkte, die prachtvollsten und kostbarsten Einbände durch die vorzüglichsten Meister (Jakob Krause) anfertigen zu lassen, sondern daß er sich auch selbst mit dem Einbinden von Büchern beschäftigte und hierin eine anerkanntswürdige Fertigkeit erlangte.

Außer einzelnen Fürsten waren es zu jener Zeit die Bücherliebhaber, die Bibliophilen, die neben dem Inhalte auch der Außenseite der Bücher ihr leidenschaftliches Interesse zuwandten, ja diese sogar nicht selten in erste Linie stellten, und dadurch zur Vervollkommnung der Buchbinderkunst in hohem Grade beitrugen.

Mit die Bücherliebhaber aufzuzählen, würde hier zu weit führen. Es mögen nur genannt sein der Italiener Thomas Majoli, dessen prachtvolle Leder-Einbände den französischen Arbeiten als Muster dienten, und der französische Schatzmeister Jean Grolier, dessen weltberühmte Bibliothek nach seinem Tode durch eine Auktion zerstreut wurde. Hier sei auch erwähnt, daß Frankreich um jene Zeit (Mitte des 16. Jahrhunderts) mit seinen buchhändlerischen Leistungen auf der Höhe stand und besonders auf dem Gebiete der künstlerischen Lederbehandlung des Bucheinbandes für die übrigen Länder maßgebend geworden war und diese Führerschaft bis über die Mitte des 17. Jahrhunderts behauptete.

Wald danach geriet man aber in der Behandlung des für Buchdecken bestimmten Leders zu allerhand Betrübnissen, indem man auf der Oberfläche desselben

in höchst stilwidriger Weise verschiedene, den Eigenschaften des Leders fernstehende Materialien, wie Marmor, Perlmutter, Holz und dgl., nachzuahmen bemüht war. Mit der weiterhin eintretenden Ueberladung mit Goldprägungen wurde das Leder als Material für den Bucheinband in den Hintergrund gedrängt. Die Geschmacksrichtung am Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts verlangte für die Bücher des eleganten Boudoirs eine zartere Umhüllung, und so griff man für diese zu Samt und Seide, zu Stickereien und ähnlichen Ersatzmitteln, während man für die Werke des gewöhnlichen, alltäglichen Gebrauches der mit buntem Papier überzogene, mit oder ohne Rücken aus Leder versehene Einband mehr und mehr zur Geltung gelangte.

Das gegen Ende des 18. Jahrhunderts neu erwachte Streben in Wissenschaft und Kunst brachte auch in die technischen Fächer neue Rührigkeit, und so sorgte von da an auch die Buchbinderei wieder mehr für ein angemessenes Gewand der geistigen Erzeugnisse. Das Leder gelangte wieder mehr zu seinem wohlverdienten Rechte.

Die Stempel und Filieten, die bei der Leder-Verzierung, zur Herstellung des Gold- und Blinddrucks, Verwendung fanden, wurden aber nicht nur für die Buchdecken, sondern auch zur Ausstattung von Kartonnagenarbeiten gebraucht. Die mit Leder überzogenen Kästchen, Futterale und Etuis zeigen meist dieselbe und mit den gleichen Mitteln hergestellte Dekoration, mit der die gleichzeitigen Buchdecken geschmückt sind. Beispiele hierfür sind zwei Kästen im Bayerischen Gewerbemuseum, die schöne Buchbinderarbeiten aus dem Ende des 17. Jahrhunderts darstellen, und für deren Verzierung in Blind- und Goldprägung ausschließlich Filieten für Buchdeckenverzierung benutzt sind, die mit Einbänden jener Zeit vollständig übereinstimmen.

Zu den Arbeiten aus Leder gehören noch die Ledertapeten, deren Herstellung sich bis ins 15. Jahrhundert verfolgen läßt. Als Ursprungsland wird Arabien genannt. Von da gelangten sie nach Spanien, Italien, den Niederlanden und Frankreich. Ihre ursprüngliche Bestimmung war, während des Sommers an Stelle der gewebten Wandbekleidung aufgehängt zu werden, um zur Kühlung der Räume beizutragen. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Ledertapeten nicht mehr frei aufgehängt, sondern auf Rahmen gespannt und mit diesen an den Wänden befestigt. Sie kamen von da an als feste und bleibende Wandbekleidung um so mehr in Aufnahme, als sie für die Ausstattungen mit reichen und glänzenden Prachtgeräten aller Art, wie solche zur Zeit der Renaissance üblich waren, einen entsprechenden Hintergrund boten. Nur selten erscheint in ihnen das Leder in seiner natürlichen Farbe; es wurde vielmehr, nachdem die Prägnung des Rusters stattgefunden hatte, mit einem Ueberzuge von Silber bedeckt und letzterer dann mit durchsichtigen Lackfarben behandelt. Um die Wirkung des Goldes zu erzielen, überzog man den Silbergrund mit einem gelben Firnis. Als Muster für die Ledertapeten dienten diejenigen der Gewebe jener Zeit, später herrschten geometrische Figuren vor, die wieder von verschlungenen Pflanzenmustern abgelöst wurden.

Nachdem die Fabrikation der Ledertapete in Frankreich unter Colbert zu hoher Blüte gelangt war, staute sie nach dessen Tode ab, um im nächsten Jahrhundert wieder zu Ehren zu kommen und sich dauernd zu behaupten. Heute bewahrt man dabei die Eigenart des Materials, abgesehen von einigen hypermodernen Auswüchsen, die glücklicherweise nur vereinzelt auftreten.

Von der Verwendung des Leders im Tapezier- und Sattlergewerbe zu berichten, ist hier nicht der geeignete Platz, auch der Arbeiten des Portefeuiliers kann nur gedacht werden. Eine eingehende Würdigung würde zu weit führen.

Eins aber haben alle Leder verarbeitenden Handwerke, Kunstgewerbe und Industrien gemeinsam: Die Gediegenheit und Empfindlichkeit des Materials erfordert wohlbedachte und peinlichste Behandlung und hebt somit ihre Arbeiter auf ein höheres Niveau.

Behandlung und Aufbewahrung gummierter Erzeugnisse.

Bei Ankunft gummierter Erzeugnisse ist die Ware zunächst auf einwandfreie Beschaffenheit zu prüfen. Die Aufbewahrung, bzw. Lagerung muß in solchen Räumen erfolgen, in denen die Ware nicht unter Feuchtigkeit, Hitze oder sonst schädlicher Einflüsse, wie Dämpfe ufm. zu leiden hat. Gummierete Etiketten, die oft in großen Mengen auf Lager gelegt werden, sind so aufzustapeln, daß die Patetchen hochkant stehen und die Gummierung nicht durch die eigene Last beschwert wird. Es werden hierbei mehrere Etikettenreihen aufeinander gestapelt, Jedoch ist dafür zu sorgen, daß die Etikettenpäckchen einer Reihe nicht dicht aneinander gerückt werden, sondern stets ein kleiner Zwischenraum für den Luftdurchzug frei bleibt. Die nächstfolgenden Reihen werden so aufgebaut, daß die vorgeesehenen Zwischenräume der unteren Reihen hierbei überbrückt werden. Der Aufbau kann ziemlich hoch erfolgen, ohne daß die Etiketten Schaden leiden. Die Höhe der Stapel hängt von der Geschicklichkeit des Aufbauers ab. In Buch- und Steindruckereien, in denen derartige Etiketten vielfach auf Abruf lagern, bietet die vorgenannte Aufbewahrungsmethode die beste Sicherheit, die Etiketten vor dem Zusammenleben zu schützen. Bei dem Bündeln der Etiketten sind zähe Papierstreifen zu benutzen, die bei dem Aufstapeln genügend Widerstand bieten.

Schließlich sei noch erwähnt, daß das Bündeln gummierter Etiketten, zu Päckchen nicht kleisterartigem Klebstoff geschehen darf; da sich die Feuchtigkeit desselben der Gummierung mitteilt, wodurch ein Zusammenleben der Etiketten unausbleiblich ist. Für Bündeln und Packarbeiten findet am besten Tierleim oder schnelltrocknender Kattseim Verwendung. Auch bei Postpaketen, die solche Ware enthalten, sind entsprechende Vorkehrungsmaßregeln nicht außer acht zu lassen. Briefumschläge werden in der Regel hochkant stehend in Schachteln verpackt geliefert, so daß diese nur aufeinander gestapelt zu werden brauchen. Für die Aufbewahrung gilt dasselbe, was eingangs darüber gesagt wurde. F. R.

Pappschachtel und Flugzeug.

Eine nette Geschichte, die, wenn sie nicht wahr sein sollte, zweifellos gut erfunden ist, gibt die „Papier-Zeitung“ wieder. Danach erzählt Sohn R. McMahon in der amerikanischen Zeitschrift „Popular Science Monthly“, wie eine Pappschachtel den Erfinder der heutigen Flugzeuge, Wilbur Wright, zur Durchführung dieser Konstruktion verhalf. Die Brüder Wilbur und Orville Wright hatten in Dayton ein Fahrradgeschäft und benutzten ihre Freizeit zum Studium des Flugproblems. Die Beobachtung von Vögeln brachte zuerst den Gedanken, Flügel mit Gelenken zu verwenden, obwohl die Versuche mit solchen Flügeln an Flugzeugmodellen zu keinen Erfolgen führten. Zufällig kam eines Abends ein Kunde in den Fahrradladen und verlangte einen Maschinen teil, der in einer rechteckigen Pappschachtel verpackt war. Während der Kunde den Teil auf seine Brauchbarkeit für ihn prüfte, beschäftigte sich Wilbur Wright mit der leeren Schachtel, die er, immer mit seinen Gedanken beim Flugproblem, drehte und krümmte. Plötzlich wurde ihm an Hand der Schachtel, die er so mißhandelt hatte, klar, daß, wenn er nach seinen bisherigen Versuchen Flügel nicht mit Gelenken versehen könnte, sie doch gekrümmt werden können, was für ihn das Gegebene war. Er schloß seinen Laden so bald wie möglich, um die Idee mit seinem Bruder Orville durchzusprechen, und während sonst noch stets jeder Bruder immer der Idee des anderen erst widersprochen hatte, ging diesmal Orville sofort auf die Idee des Bruders ein, und die Frage der leichten Gewichts-Ausgleichung war zum größten Teil gelöst.

Einzelne ist der Mensch ein schwaches Wesen, aber stark in Verbindung mit andern. Einmal müßt er sich oft umsonst. Ein Blick des Freundes in sein Herz, ein Wort seines Rates, seines Trostes weitet und hebt ihm den niedrigen Himmel.

Herder.

Für unsere Kolleginnen

Arbeitshände.

Die Hand, die alle Werke schafft
Und kunstvoll Werk um Werk vollendet,
Hat ihre Fertigkeit und Kraft
Für Großen dem Profit verpfändet.

Die Arbeitshand ist rau und hart,
Ist knochig, rissig und zerfunden.
In ihren Linien offenbart
Sich alles Leid, das sie empfunden.

Die Schwielen zeugen von der Fron,
Von Wunden zeugt das Netz der Narben,
Die oft in frühen Jahren schon
Die schöne Form der Hand verdarben.

Ins Zahnrad des Profits geht,
Muß manche Arbeitshand verbluten
Und manches Fingerglied zerfleht
Die Haß der jagenden Minuten.

Das Schlachtfeld der Arbeit ist
Besät mit Fingern und mit Händen
Und immer wieder schnappt und frißt
Sie der Moloch der Dividenden.

Victor Kalinowski.

Die Frauen und das Gewerkschaftsblatt.

So sehr auch die Presse unserer Gewerkschaften mit gutem Erfolg dahin arbeitet, sich dem Verständnis ihres Leserkreises anzupassen, ist dennoch leider der Umstand zu verzeichnen, daß sie nicht von allen Mitgliedern so beachtet wird, wie das notwendig wäre. Was es bei einer Tageszeitung nicht gibt: die große Partei der Nichtleser und derjenigen, die nur einen ganz oberflächlichen Blick in ihre Zeitung werfen, über die verfügt leider die Gewerkschaftspresse, trotzdem das Verbandsblatt als öffentlicher Anwalt der beruflichen Interessen der Verbandsmitglieder nach jeder Richtung hin bestrebt ist, dem Vorwärtstommen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte die Wege zu ebnen. Und wenn man dann gar noch die Frage aufwirft, in welchem Umfang die Gewerkschaftszeitung in den Häuslichkeiten der Gewerkschaftsmitglieder gelesen wird, dann möchte man am liebsten der Beantwortung dieser Frage aus dem Wege gehen.

Es ist leider jedoch Tatsache, daß das Verbandsblatt kaum aus der gewerblichen Arbeitsstätte herauskommt, wenn es dort verteilt wird, und daß in wirklich nicht allzu vielen Fällen die Frauen unserer verheirateten Kollegen, die Männer unserer verheirateten Kolleginnen, die Eltern und Geschwister unserer ledigen Mitglieder Gelegenheit bekommen, das Verbandsblatt zu lesen. Das ist zweifellos ein sehr großer Mangel an Mitteilbarkeit unserer Mitglieder, der zu einem guten Teil mit dazu beiträgt, daß die gewerkschaftliche Organisationsarbeit infolge allzu starker Fluktuation immer wieder von vorn angefangen werden muß. Es ist auch die Ursache mit, daß so viele Familienangehörige organisierter Männer und Frauen gewerkschaftlich indifferent bleiben, daß vor allem so viele jugendliche Arbeiterinnen, deren Väter oder Mütter gute Gewerkschafter sind, von dem doch so notwendigen Zusammenschluß der Arbeitskräfte keine Ahnung und für ihn kein Verständnis haben.

Unter diesem Mibestand leiden in der Hauptsache die Gewerkschaften, in denen — wie in

unserem Verband — das jugendliche weibliche Element eine besondere Rolle spielt. Eine durchaus laze Auffassung vom Ernst des Lebens ist dort die natürliche Folge. Wenn nach Erledigung der täglichen Berufsarbeit das Leben ausgefüllt wird mit Kino, Tanzsaal und neuerdings in unverantwortlicher Nähe mit Radio, dann bleibt nicht Zeit und Raum, um auch der ersten Seite des Lebens einige Stunden zu widmen und über das Elend des zu dauernder Fron Verurteilten nachzudenken.

Wer sein Gewerkschaftsblatt regelmäßig liest und auch seine Familienangehörigen dazu aufmuntert, leistet damit ein gut Stück Gewerkschaftsarbeit. Jedes Verbandsmitglied muß seine Familienangehörigen auf sein Gewerkschaftsblatt aufmerksam machen, muß im Familienkreise die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation an der Hand des Gewerkschaftsblattes darlegen und man wird dann in diesem sehr häufig ein gutes Verständnis für eine gewerkschaftliche Betätigung finden. Vor allem sind die weiblichen Familienangehörigen zu veranlassen, ständige Leser der Gewerkschaftszeitung zu werden.

Unsere Gewerkschaftsblätter passen sich den Erfordernissen des Tages voll an. Viele unserer Zeitungen sind befreit, durch besondere Zusammenstellung der einzelnen Ausgabe, durch besondere Artikel oder durch besondere Beilagen an die Frauen heranzukommen. Das sind naturgemäß in erster Linie jene Zeitungen, in deren Verbreitungsgebiet eine große Anzahl weiblicher Arbeitskräfte tätig ist. Für diese Zeitungen gilt es, in der Gedankenwelt der Arbeiterinnen und der Frauen der männlichen Mitglieder einen Platz zu erobern, deren Interesse zu wecken. Auch der von einer Reihe von Gewerkschaftsblättern gebrachte Unterhaltungsteil dient dem gleichen Zwecke.

Doch alle Mühen nach dieser Seite hin müssen erfolglos bleiben, wenn nicht jedes einzelne Verbandsmitglied selber tätigen Anteil nimmt an den Bestrebungen, unseren Arbeiterinnen und Frauen den Gewerkschaftsgedanken reiflos zu erschließen. Auf gute Gewerkschaftsarbeit baut sich das materielle Wohlergehen der Familie auf. Und darum sollte jedes Gewerkschaftsmitglied nicht nur selbst ein guter und aufmerksamer Leser seines Verbandsblattes sein, sondern auch Frau und Töchter zum Lesen anhalten. Der Erfolg wird nicht ausbleiben und manche häusliche Auseinandersetzung über die Notwendigkeit oder „Ueberflüssigkeit“ des Verbandsbeitrages wird verschwinden. Ausatmen würden vor allem auch die Hausstärker der Gewerkschaften, die bei ihrer doch meist ehrenamtlichen Tätigkeit häufig genug Auseinandersetzungen mit den Frauen der Gewerkschaftsmitglieder haben, da diesen vielfach das Verständnis für die Beitragsleistung fehlt und ihnen dann die Abgabe des Beitragsgeldes wehe tut.

Würde sich der einzelne Kollege die Frage: „Wie sag ich's meiner Frau“, dahin beantworten, daß er ihr das Verbandsblatt regelmäßig zu lesen gibt, dann würde das Verständnis für unsere Arbeit auch in den Frauentreisen wachsen. In der Aufklärung der Frau liegt ein gut Stück Erfolg. Und dieser Aufklärung dient das Gewerkschaftsblatt, in dem sich der gewaltige Befreiungskampf widerspiegelt, den die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft durchzuführen hat.

Frauenaufgaben.

Und wieder läuteten die Glocken dem alten Jahre ein Grab, dem jungen ein Tauflied. Jubelnd von den Kindern, erwartungsvoll von uns Erwachsenen begrüßt, trat das neue Jahr seinen Weg an. Ein Jahr ist nur eine kurze Zeitpanne, und doch kann sich während dieser so unendlich viel ereignen, was uns frommt oder erschüttert. Was heute rot ist, ist vielleicht schon morgen tot, und manche Hoffnung wird begraben werden müssen.

Dürfen wir denn überhaupt noch hoffen, je wieder ein Stückchen Lebensfreude zu erhaschen, oder hat sich Fortuna gänzlich von uns gewendet, angewidert von dem elken Sumpf, in dem sich die Menschheit heute badet, Egoismus genannt? An ihm krankt ein großer, wenn nicht der größte Teil der Menschen. Der Idealismus ist vor ihm fast gänzlich gewichen, und wenn er nicht bald befreit wird, wird er sich nie wieder erheben können, sein reines, schönes Antlitz wird für immer beschmutzt, besudelt von dem Moloch Kapital, am Boden liegen — eine schöne Leiche — nichts weiter.

Daran sollten auch unsere Frauen und Mädchen denken, wenn sie in das junge Jahr eintreten. Sind sie es doch, die auch hier wieder als die am meisten Leidtragenden zu gelten haben. Ihnen ist ihr natürlichster Beruf, Frau und Mutter zu werden, schon heute fast unmöglich gemacht durch das System der kapitalistischen Wirtschaft. Haben auch noch manche den Mut, einem Mann ohne feste Existenz die Hand fürs Leben zu reichen, in der Hoffnung, selbst für den Lebensbedarf mit beitragen zu können, wenn der Verdienst des Ehemanns nicht ausreicht, dann müssen sie doch oftmals auf ihren höchsten Beruf, Mutter zu werden und zu sein, verzichten, da ihnen das Kind hundertlich erscheint, um weiterhin sorglos leben zu können. Sie sehen also keine Möglichkeit, einem Kinde das Leben so zu gestalten, wie sie es wünschen, folglich darf die Mutter auf Grund ihres Mütterlichkeitsgefühles niemals Mutter werden. Und wo es dennoch ungewollt eintritt, kommt auch zu gleicher Zeit Frau Sorge mit angelächlichen, um vielleicht nie wieder zu gehen; sie will Gvatter stehen.

Einen Ersatz bietet diesen Frauen, die sich nicht ausleben können, ihre berufliche Tätigkeit. Fast in jedem Beruf werden heute „Jugendliche“ im kaum vollendeten 14. Lebensjahr beschäftigt, meist sind es noch richtige Kinder, die die Schulbank sofort mit der Arbeitsstätte vertauschen müssen. Unbeschäftigt von der eigenen Mutter, können wir ihnen hilfreich in ihrem neuen Lebensabschnitt zur Seite stehen. „Ebel sei der Mensch, hilfreich und gut“, sind es doch junge Menschenleben, die wir durch gute Sitten und Beispiele unserem gemeinsamen Ziele, Befreiung durch Sozialismus, näherbringen können. Ebenso werden sie durch unsere Gedankensorglosigkeit und unser Sichgehenlassen in ihrer Gegenwart oftmals von allem Besseren abgelenkt; denn niemand versteht so fein zu beobachten wie solche Jugendliche, denen das Erwerbsleben neu und deren Geist sich hier erst ausmählt.

Wie oft hört man in Betrieben Erwachsene, Männer wie Frauen, in Gegenwart von Jugendlichen, in zweideutigen, oftmals sogar eindeutigen ordinären Reden scherzweise Unterhaltung führen. Jedes dieser Worte wirkt wie Gift auf eine jugendliche Seele. Zur Rede darüber gestellt, wird oftmals geantwortet, die Jungen seien klüger als die Alten selbst. Diese Ansicht gerade ist eine verkehrte, auch schlecht erogene Jugendlichen kann und muß man mit gutem Vorbild vorangehen, ohne deshalb Schulmeister spielen zu wollen. Wir müssen versuchen, ihnen und uns die Achtung derjenigen zu verschaffen, die heute noch von Fabrikmädchen und Arbeiterinnen mit größter Geringschätzung sprechen, ohne sich zu bemühen, die Ursachen eines schlechten Benehmens, das heißt eine schlechte Erziehung, zu berücksichtigen.

Es ist also ein gut Stück Erziehungsarbeit, was wir Frauen innerhalb unserer Gewerkschaft leisten können, jede nach ihrem Vermögen, und wenn es nur durch Schweigen zur rechten Zeit

geschicht. Unsere Jugendlichen, die es ja nicht immer bleiben, werden es uns in späteren Jahren, wenn ihnen das Verständnis für unsere Bemühungen um ihr Wohl aufgeht, aufrichtig danken und unser begonnenes Werk fortsetzen zum Wohle der Allgemeinheit. Elisabeth Sande.

Ein Streik um Frauenehre.

Da war in Wien eine Kaka- und Schokoladenfabrik, von deren Arbeitern und Arbeiterinnen die Welt nichts hörte, wie von so vielen Millionen anderer Arbeiter und Arbeiterinnen auch nicht, bis eines Tages die ganze Welt auf sie aufmerksam wurde. Und das geschah mißgl. eines Streiks, dessen Motive nichts zu tun hatten mit materiellen Interessen. Die Belegschaft wurde ausständig, um die Ehre der Arbeiterinnen des Betriebs zu schützen. Eine Zeitlang haben sie zugehört, wie ein zum Vorarbeiter bestellter gewissenloser Burche den Frauen und Mädchen nachstellte und wie er mit allen Mitteln versuchte, die „Gunft“ der von ihm Begehrten zu erlangen. Und sie standen noch still dabei, wie er dann, als seine Bemühungen fruchtlos blieben, offen zu verziehen gab, daß er keine Macht als Vorarbeiter den Widerpenstigen schon fühlen lassen werde, so lange, bis sie seinem Willen gefügig würden. Auch seine mehr wie eindeutigen Nebenarten errug man zunächst noch. Als er aber begann, im Betrieb die Frauen und Mädchen wie Dirnen zu behandeln, und die Frauen, die ihn herb zurückwiesen mit Spott und Hohn zu überschütten, da wars mit der Geduld zu Ende. Die Arbeiter forderten die sofortige Entlassung des Wüßlings, der vom Betriebsleiter von seinem Posten suspendiert wurde. Die Direktion des Betriebs aber nahm die Partei des Vorarbeiters, stellte diesen nicht nur wieder an seinen Posten, sondern räumte ihm auch noch das Recht ein, Vorschläge für die Aufnahme neuer Arbeiterinnen in den Betrieb zu machen. Damit erhielt er ein Amt, das er in bezug auf das Engagement von Arbeiterinnen sofort für seine unsauberen Zwecke auszunutzen begann. Da war es Schluss mit der Ruhe der Arbeiter des Betriebs. Alle, Junge, Ledige und ergraute Familienväter, denen die Ehre der Frauen und Mädchen, ihrer Mitarbeiterinnen, zu hoch stand, um sie weiter den Gefüßen eines Schweiniegels preiszugeben, legten die Arbeit nieder: „Wir wollen der Firma unsere Arbeitskraft, nicht aber die Ehre unserer Arbeiterinnen verkaufen“, so hieß es in dem Flugblatt, das die Streikenden verteilten.

Lange Wochen dauerte der Streik, lange Wochen setzten sich die Arbeiter des Betriebs der Gefahr des Brotverlustes aus, der Möglichkeit der Wegnahme der Arbeit durch weniger vornehm denkende Streikbrecher, die viel eher Mithelfer des brutalen Vorarbeiters sein konnten. Lange Wochen nahmen sie Not und Elend auf sich, nicht um einige Groschen mehr Lohn oder um sonst einer formalen Forderung, sondern um die Ehre ihrer Mitarbeiterinnen zu schützen. Kann es etwas Schöneres geben, als solchen Idealismus, solches Solidaritätsgefühl, das unbestimmert um alle Gefahren das beste Zeichen höchster Menschlichkeit ist? In einer Zeit, in der die Sitten lockerer sind als je zuvor, in der Frauen und Mädchen selbst der „allerbesten“ Gesellschaftsklassen mit dem Verschleiß ihrer Ehre nicht allzu sparsam und wählerisch umgehen, kämpfen einfache Arbeiter mit ihrer ganzen Kraft um die Ehre ihrer Mitarbeiterinnen. Sie hungerten lieber, nahmen Arbeitslosigkeit und Verelendung auf sich, um nicht ihre Mitarbeiterinnen in den Not treten zu lassen. Ist dies Verhalten nicht der beste Beweis für das Hohe und Edle, das in unserer Arbeiterbewegung verkörpert ist?

Der Schwangerenschutz im Sächsischen Landtag.

Der Sächsische Landtag hat in der Sitzung vom 17. Dezember 1925 entsprechend den Kommissionsbeschüssen folgende Anträge zum Schwangerenschutz angenommen. Alle Parteien des Sächsischen Landtags mit Ausnahme der Deutschen Nationalen haben dem Kommissionsbeschluß zugestimmt.

Die Regierung wurde beauftragt:

I. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, durch die

1. das Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft;
2. die Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Personen im fünften und sechsten Monat der Schwangerschaft auf höchstens vier Stunden pro Tag ausgesprochen wird;
3. die Vergütung des entsprechenden Arbeitsverdienstes aus Mitteln des Staates oder durch eine zu schaffende obligatorische Kollektivversicherung gedeckt wird;
4. reißlose Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch die Krankenkassen.

II. 1. weibliche Ärzte als Gewerbeaufsichtsbeamte einzustellen und diese zu besonders sorgfältiger Beratung der Schwangeren und zur Erforschung der Einwirkung der Erwerbsarbeit auf den Körper und das Seelen- und Gemütsleben der Frau in der Periode der Schwangerschaft anzuhalten;

2. die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zur besonderen sorgförenden Beaufsichtigung der Schwangeren im Arbeitsprozeß zu beauftragen;
3. die Gemeinden zur Errichtung ärztlicher Beratungsstellen für Schwangere zu veranlassen;
4. Einrichtung einer Frauenklinik in Bezirken mit vorwiegend weiblicher Industriearbeitererschaft.

III. durch die Gewerbeaufsichtsorgane bei den Betriebsleitungen dahin zu wirken, daß

1. Schaffung von Sitzgelegenheiten am Arbeitsplatz für die schwangeren Arbeiterinnen bei Beschäftigungen, welche ununterbrochenes Stehen und Laufen erfordern;
2. Bereitstellung freundlich eingerichteter Zimmer für den Aufenthalt der Schwangeren in den Pausen oder bei eventuellen Schwächezuständen;
3. Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustand der Schwangerschaft erforderlich sind, und
4. Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben oder dergleichen, in einer größeren Anzahl von Einzelbetrieben gemeinsam, damit ärztliche Sprechstunden ermöglicht werden.

Wieviel Frauen gibt es in Deutschland?

Nach der letzten Volkszählung hat Deutschland rund 62,5 Millionen Einwohner. Davon sind 30,2 Millionen männlichen und 32,3 Millionen weiblichen Geschlechts. Demnach sind in Deutschland rund 2,1 Millionen mehr Frauen als Männer. Während vor dem Kriege auf 1000 Männer 1029 Frauen kamen, beträgt die entsprechende Zahl heute 1074. In den Großstädten ist diese Zahl sogar noch größer; für sie beträgt sie im Durchschnitt 1200. Großstädte mit übernormalem Ueberschuß an Frauen sind Wiesbaden, Breslau und Königsberg. In Wiesbaden kommen auf 1000 Männer 1300 Frauen, in Königsberg 1200 Frauen. Für Berlin beträgt die entsprechende Zahl 1170. Es gibt aber auch Städte — es sind dies namentlich die Plätze der Schwerindustrie —, die keinen Frauen-, sondern einen Männerüberschuß haben. So Hamburg, wo auf 1000 Männer nur 875 Frauen kommen, Duisburg mit 959, Gelsenkirchen mit 965, Bochum mit 969. In Dortmund, Wülheim a. d. Ruhr und Essen ist das Geschlechtsverhältnis ziemlich gleich, eine letzte Erscheinung.

Mit dem gesamten Frauenüberschuß in Deutschland könnte man zwei Städte wie Hamburg bevölkern, oder zehn Städte wie Kiel, oder zwanzig Städte wie Lübeck. Von den einzelnen Ländern hat Thüringen den größten Frauenüberschuß. Die Ursache für diesen Frauenüberschuß ist in erster Linie in den Kriegsverlusten zu suchen, die ausschließlich das männliche Geschlecht betrafen. In sämtlichen Großstädten Deutschlands leben etwa 900 000 Frauen mehr als Männer.

Die Geringschätzung der Frau im Mittelalter.

Wenn auch die vornehme Frau der Ritterzeit aufs höchste verehrt wurde, dann ist doch in späteren Jahrhunderten die Frau im allgemeinen sehr gering geachtet und vielfach als Zielscheibe eines allzu billigen Spottes betrachtet worden. Schon Rochus von Villancron tadelt im Anfang des 16. Jahrhunderts die angebliche, übergroße Neugier der Frauen. „Alles, was auf der Gassen gehet, fährt oder reitet,“ sagt er, „müssen sie sehen, wissen und beschnarhen. Jede noch so erbärmliche Geige oder Zither reizt ihre Neugier, so daß sie auch die notwendigsten Geschäfte aus den Händen sollen lassen.“ „Das Weib ist des Teufels Werkzeug,“ bricht er an anderer Stelle aus, „durch welches er alles Liebel in die Welt gebracht und viele weise und fromme Männer zu Narren gemacht hat.“ Gegen Ende des 16. Jahrhunderts werden die Frauen so gekennzeichnet: „Man muß auf die Frauen fest zuschlagen, wenn man sie bessern will, denn die Weiber haben neun Häute. Die erste ist die Stoffsichtheit, denn die Frauen scheuen sich, auf die Fragen des Mannes Antwort zu geben; dann kommen: die Bärenhaut, denn sie brummen; die Gänsehaut, denn sie schnattern, die Hundshaut, denn sie bellen; der Hasenbalg, denn sie läuft davon und schreit: „Du Schalk, Hurenjäger und Ehebrecher, du Spielgur und Weinzecher“; die Koffhaut, denn sie stoßen wie ein Pferd; die Katzenhaut, denn sie kratzen und tragen wie eine Kage; dann kommt die Sauhaut und erst dann die Menschenhaut.“ Krasser kann die untergeordnete soziale Stellung der Frau und der geistige Hochmut der Herren der Schöpfung, die für sich unbedenklich das Recht auf die verschiedensten Ausschweifungen beanspruchten, wohl kaum gekennzeichnet werden. Auch die angebliche Kitzelsucht der Frauen wird in manchen außerordentlich verben und boshafte Spottgedichten geißelt.

Man kann sich deshalb nicht wundern, wenn als einziges Mittel, die Frauen zu „erziehen“, die Prügel betrachtet wurden. Der rohe Mann glaubte sogar, seiner Frau mit Prügeln einen Gefallen zu tun. „Erlliche Frauen wollen, daß sie geschlagen werden,“ sagt Johannes Baisl, „denn sie ermessen darin die Liebe ihres Mannes. Werden sie nicht geschlagen, so meinen sie, daß ihr Mann sie nicht lieb hat.“ Schläge galten oft als das einzige Mittel, um dem Manne die Herrschaft im Hause zu erhalten. Die moralische und persönliche Schwäche, die sich in dieser Auffassung ausdrückt, ist den Männern damals offenbar gar nicht zum Bewußtsein gekommen.

Dr. Müller.

Sinnsprüche.

Das Leid zerstört die Festigkeit, das Leid zerstört selbst die Vernunft, das Leid zerstört alles, ach! es kommt kein Feind dem Leide gleich. Die Wunde noch zu tragen ist, Die Feindeshand geschlagen uns, doch nicht zu tragen ist ein Leid, das unsichtbar im Herzen nagt.

Aus der K a m a j a n a.

Flüchtiger als Wind und Welle schieht die Zeit — was hält sie auf? Sie genießen auf der Stelle, sie ergreifen schnell im Lauf, dies nur hält ihr rasches Schweben und die Flucht der Tage ein, schneller Gang ist unser Leben, laßt uns Rosen auf ihn streun!

Herder.

Willst Gutes du und Schönes schaffen, das lebensvoll das Leben mehre, muß du dich ernst zusammenraffen und darfst nicht scheun' der Arbeit Schwere. Da bist kein Schwärmen bloß und Hoffen, kein Traum von künftiger Entfaltung; nein, ringen mußt du mit den Stoffen und stark sie zwingen zur Gestaltung.

S u l i u s H a m m e r.

Internationales.

Ungarn. Auch unsere ungarische Kollegenschaft hat unter der Wirtschaftskrise schwer zu leiden. Abgesehen von der zu Ende des Jahres üblichen Saisonarbeit war die Arbeitslosigkeit während des ganzen Jahres sehr groß und die Zahl der Arbeitslosen schwankte fast ständig zwischen 500 und 550 Personen, das sind 15 bis 16 Proz. der gesamten Mitglieder. Die ungarische Regierung hat für alles Geld, nur nicht für die Not der Arbeitslosen, die in Ungarn nur allein auf die Hilfe ihrer Organisation angewiesen sind. Infolge des großen Notstandes erhielten nicht nur die Unterstützungsberechtigten, sondern auch die Ausgesteuerten erhebliche Zuwendungen vom ungarischen Verband, der außerdem nach Möglichkeit für Arbeitsgelegenheit sorgte. An Unterstützung sind von ihm rund 600 Millionen Kronen ausgegeben worden. (Eine Umrechnung in unserer Währung ist infolge des schwankenden Kronenkurses nicht möglich.) Aus der von der ungarischen Regierung angekauften Arbeitslosenversicherung ist bis zur Stunde noch nichts geworden, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß — ganz wie anderswo auch — in dieser Untätigkeit die Absicht des bewußten Niederhaltens der Arbeiterschaft liegt.

Infolge der allgemeinen niedrigen Löhne müssen die Massen auf jedes Kulturleben verzichten, wobei die gesamte Buchindustrie natürlich am meisten leidet. Wenn es an Brot mangelt, der kann sich keine Bücher kaufen. So ist es erklärlich, daß unser ungarischer Bruderverband einer harten Prüfung ausgesetzt war, die er nach bestem Können gemeistert hat. Allerdings nur mit größter Kraftanstrengung konnte er seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben nachkommen und er stellt denn auch zum Jahres-schluß mit einer gewissen Befriedigung fest, daß er seinen Platz gut ausgefüllt hat.

Die wirtschaftliche Krise erschwerte natürlich auch die wirtschaftlichen Kämpfe ganz ungemein. Auch in Ungarn hat man das gleiche Geschrei von einem Preisabbau zu hören bekommen, wie anderwärts, nur hatte der Arbeiterhaushalt nichts von einem Abbau gespürt. Während des ganzen Jahres stand der Verband im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Am Anfang des Jahres glückte ihm eine 5prozentige Lohnerhöhung. Dann wurde eine Angleichung der Löhne an den ungarischen Index angestrebt, der die Unternehmer den größten Widerstand entgegengesetzten. Erreicht wurde wieder eine Lohnerhöhung, vergeblich aber war das Bemühen nach Angleichung an den Index. Auch für die verwandten Berufe konnten Lohnerhöhungen erreicht werden.

Als grundsätzlich wichtiger Erfolg gilt in Ungarn die Schaffung eines einheitlichen Lohntarifs für die gesamte Provinz. Damit wurde die Kollegenschaft der Provinz mit der in Budapest im wesentlichen gleichgestellt. Eine weitere Lohnbewegung brachte im November nach langen Verhandlungen und erst kurz vor Stilllegung der Betriebe einen weiteren Erfolg, der die Löhne etwas über die Indexparität hob. Am Anfang des Jahres betrug der Wochenlohn für Facharbeiter 586 411 Kronen, am Ende des Jahres 651 000 Kronen, qualifizierte Facharbeiter erhalten jedoch 664 000 bis 820 000 Kronen. Der Wochenlohn der Kolleginnen stieg von 352 000 Kronen auf 384 000 Kronen.

An der Unterstützungsaktion zugunsten der belgischen Kollegenschaft nahm der ungarische Verband ebenfalls recht aktiv teil.

Des schlechten Geschäftsganges wegen wanderten viele Berufsangehörige in andere Berufe ab, von denen ein Teil in der Saison zu Ende des Jahres wieder zurückkehrten. Der ungarische Verband hat 3400 Mitglieder, 2700 Männer und 700 Frauen.

Trotz der hohen materiellen Anforderungen gestaltete sich die Finanzlage des ungarischen Verbandes verhältnismäßig günstig. Die Jahreseinnahmen beliefen sich auf 900 Millionen Kronen, die Ausgaben auf 760 Millionen Kronen. An Wochenbeiträgen werden von den Männern 25 000 Kronen und von den Arbeiterinnen 15 000 und 7000 Kronen geleistet.

Neben seiner Arbeit zur Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen versucht der Verband im weitesten Maße dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder Rechnung zu tragen. Neben anderen wurden zahlreiche wissenschaftliche und sonstige aufklärende Vorträge gehalten, auch steht den Mitgliedern eine größere Bibliothek zur Verfügung. Anfang des Jahres wurden auf Veranlassung des Ministeriums des Innern die Verbandsatzungen modifiziert, doch bis Ende des Jahres waren sie noch nicht genehmigt. Auf Beschluß seiner ordentlichen Generalversammlung geht der Verband jetzt an die Errichtung eines eigenen Verbandshauses. Jedes männliche Mitglied zahlt hierzu einen Beitrag von 200 000 Kronen, jedes weibliche einen solchen von 100 000 bzw. 50 000 Kronen.

Alles in allem hat der ungarische Verband auch im Vorjahre eine große soziale und kulturelle Arbeit geleistet im Interesse der Förderung des materiellen und moralischen Wohles seiner Mitglieder.

Schweden. Die Verhandlungen über einen neuen Landestarifvertrag begannen schon am 16. November. Zwecks Beratung und Festsetzung der Akkordlöhne wurden sechs Unterkommissionen gebildet, deren Bemühungen in verschiedenen Zeitabschnitten zu einer vollständigen Einigung führten, und zwar hinsichtlich folgender Positionen: männliche Akkordarbeiter, Kontobucharbeiter (Die Einigung über die Löhne dieser Branche gelang erst durch Vermittlung des unparteiischen Vorsitzenden), weibliche Akkordarbeiter, Falzen und Heften, Goldschmiede und Preßvergolten.

Am 16. und 17. Dezember wurden die am 17. November abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen, doch konnten die Parteien zu keiner Einigung über die noch strittigen Punkte kommen, so daß schließlich unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden ein Schlichtungsausschuß gebildet wurde, dem es in wiederholten Verhandlungen ebensowenig gelang, die Parteien restlos zusammenzubringen. Hinsichtlich der strittig gebliebenen Punkte arbeitet der Vorsitzende schließlich einen Vermittlungsvorschlag aus, der folgendes besagte:

„Außer nachstehend angegebenen Formaten (welche Formate gemeint sind, ist nicht ersichtlich) können die Arbeiten von Frauen ausgeführt werden.“

Damit ist die Bestimmung des bisherigen Tarifvertrages gefallen, nach der auf die Akkordlöhne ein Abzug von 33½ Proz. eintritt, wenn die Arbeit von weiblichen Arbeitskräften ausgeführt werden kann.

Die wichtigsten Bestimmungen des aus den Verhandlungen und dem Vermittlungsvorschlag hervorgegangenen Tarifvertrages lauten:

Der Tarifvertrag läuft bis 31. Dezember 1927. Die Mindestlöhne für ausgelernte männliche Arbeiter betragen in den verschiedenen Ortsklassen 115, 110, 105, 100 und 95 Oere.

Die Mindestlöhne für ausgelernte weibliche Arbeiter betragen in den verschiedenen Ortsklassen 69, 66, 63, 60 und 57 Oere.

Die Vergütung an Lehrlinge wird prozentual der Erhöhung der Mindestlöhne festgesetzt.

Ueberstunden werden mit 100 Proz. Aufschlag vergütet.

Die Erklärungsfrist über Annahme des Vermittlungsvorschlages lief bis zum 16. Januar. Der schwedische Verband hatte seine Ortsgruppen durch Rundschreiben von dem Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet und war daher in der Lage, am 10. Januar endgültig dazu Stellung zu nehmen. Diese lautete auf Annahme und da sich die Unternehmer im gleichen Sinne entschieden haben, ist der Tarifvertrag bis 31. Dezember 1927 abgeschlossen.

Steigende Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern. Das Fortschreiten der Wirtschaftskrise in einer Anzahl von europäischen Ländern und das saisonmäßige Abflauen der Beschäftigung während der Wintermonate bewirkte in diesen ein riesiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Neben Deutschland nimmt vor allem in Oesterreich die Arbeitslosigkeit erschreckend rasch zu: Von Mitte November bis Ende Dezember stieg die Zahl der unterstützten Arbeitslosen von 124 500

auf 240 000 und mit einer weiteren Steigerung bis auf 300 000 muß gerechnet werden. Auch in Polen ist die Arbeitsmarktlage sehr schlecht. Die 302 000 eingetragenen Arbeitslosen machen 50 Prozent der gesamten in Industrie und Bergbau beschäftigten Arbeiterschaft aus, unter Hinzurechnung der Nichteingetragenen und der Kurzarbeiter ergibt sich eine Beschäftigungslosigkeit für 70 Prozent der Arbeiterschaft, wobei die stellenlosen Angestellten und die zahlreichen Entlassungen unter den Landarbeitern noch nicht eingerechnet sind. Erwerbslosenunterstützung erhält nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen.

Zugewonnen hat die Arbeitslosigkeit vor allem auch in Dänemark, das noch immer unter der Deflationskrise leidet. Die von den Gewerkschaften angegebene Zahl von 43 000 Arbeitslosen im November erhöhte sich bis Anfang Januar auf 84 000. Ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist somit ohne Beschäftigung. Steigende Arbeitslosenziffern zeigen ferner Italien (von 82 800 Vollarbeitslosen Ende September auf 85 800 Ende Oktober), Norwegen (von 22 700 Vollarbeitslosen am 15. November auf 26 000 am 15. Dezember), Schweden (10 Prozent arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder Ende Oktober gegenüber 8,5 Prozent im Monat vorher).

Dagegen hat Frankreich noch immer so gut wie gar keine Arbeitslosigkeit, und auch in Belgien hat sich die niedrige Zahl der Arbeitslosen kaum verändert. Einen, wenn auch durchgängig nur leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit dagegen zeigen Großbritannien, wo die Zahl der Erwerbslosen während der Monate November und Dezember von 1 295 000 auf 1 102 000 sank, ferner Holland und Ungarn.

Unter den zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffenen Maßnahmen ist vor allem ein in Dänemark angenommenes Gesetz zu erwähnen, nach dem für Notstandsarbeiten, die durch Staat, Gemeinden oder Private ausgeführt werden, ein Zuschuß aus dem Arbeitslosenrisikofonds ausbezahlt werden soll in Höhe von 3 Kronen täglich für jeden beschäftigten Arbeiter und ferner ein eventueller Beitrag zu den Materialkosten solcher Notstandsarbeiten (soweit in Dänemark produziertes oder verarbeitetes Material verwendet wird) in Höhe von 20 Prozent der Unkosten. Außerdem hat die dänische Regierung eine Novelle zum Arbeitslosengesetz vorgelegt, die für die Dauer eines halben Jahres den Staatszuschuß an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen von 35 auf 45 Prozent erhöht und die Unterstützung bei außerordentlicher Arbeitslosigkeit von zwei Dritteln auf die volle Höhe des Arbeitslosenunterstützungssatzes hinaufsetzt.

Pommerellen. Einer Mitteilung in der Fachpresse entnehmen wir, daß in Pommerellen und Posen an Buchbinder zurzeit gezahlt werden: Im 1. Gehilfenjahr 0,86 Zloty (1 Zloty = 45,87 Pf. nach dem Dezemberdurchschnitt), bis 21. Jahre 1,12, bis 23. Jahre 1,16 und über 23 Jahre 1,30 Zloty. Abteilungsleiter in Buchbindereien erhalten 10 Proz. mehr. An Buchbinderarbeiten werden gezahlt: Nach beendetem Lehrzeit 0,20, nach einem Jahre 0,28, nach drei Jahren 0,42 und nach 5 Jahren 0,54 Zloty. Lehrlinge erhalten im 1. Jahre 0,14, im zweiten 0,16, im dritten 0,20 und im vierten Lehrjahre 0,24 Zloty. Die ersten beiden Ueberstunden werden mit 50 Proz., die weiteren mit 100 Proz. Aufschlag bezahlt.

Berichte.

Düsseldorf. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Ernst erkrankte den Geschäftsbericht. Neben 16 sonstigen Veranstaltungen ist besonders erwähnenswert eine Festversammlung zu Ehren zweier Verbandsjubilare, eine Zahlstellentferenz in Essen, die sich mit dem Vorstoß der Druckereientnehmer zwecks Abbau der Buchdruckerlöhne für die in ihren Betrieben beschäftigten Buchbinder befaßten, ferner eine Zahlstellentferenz in Köln und eine kombinierte Zahlstellentferenz rechts- und linksrheinisch in Düsseldorf, die sich mit dem Verbandsrat und den Anträgen zu diesem befaßte. Verschiedene Sitzungen mußten sich mit Schlichtungen in verschiedenen Betrieben befassen, die auch zur Zufriedenheit der Beteiligten beigelegt wurden. Am all-

gemeinen war die Tätigkeit der Ortsverwaltung im vergangenen Jahre wegen der guten Konjunktur eine ruhige, da Lohnbewegungen oder sonstige Auseinandersetzungen von der Gegenseite vermieden wurden. Die Ortsverwaltung befasste sich in der Hauptache mit internen Angelegenheiten und dem Ausbau der Zahlstelle. Durch den ganzen Bericht zog wie ein roter Faden eine berechtigte Kritik an den Mitgliedern über den schlechten Verfallensbesuch, der bei einem Mitgliederstand von durchschnittlich 131 männlichen und 252 weiblichen Mitgliedern eine Besucherzahl von 31 männlichen und 7 weiblichen aufwies und die Ortsverwaltung in kritischen Momenten im Stich ließ.

In der Diskussion war ein Kollege der Meinung, es wäre dieses kein Geschäftsbericht, sondern eine Kritik an den Mitgliedern, er machte dem Vorstand zum Vorwurf, er wäre nicht auf dem Posten gewesen betreffs Agitation in der Kartonnagenbranche, andererseits erklärte er aber auch im selben Atemzuge, der Vorstand hätte bei den örtlichen stabilen Lohnverhältnissen aber auch nichts unternehmen können und ist darum im allgemeinen mit der Geschäftsführung der Ortsverwaltung zufrieden und sprach ihr das Vertrauen aus. Auf den Vorwurf hin klärte Müller die Verfallensbesuche auf und wies den voreilig gemachten Vorwurf an Hand von Beweisen zurück.

Hierauf schritt man zur Neuwahl. Ein Vorschlag zweier Kollegen, den bisherigen Vorstand in corpore wiedergewählen, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde ein zweiter Schriftführer sowie ein Kollege und eine Kollegin als Beisitzer gewählt. Die Ortsverwaltung setzt sich nun zusammen aus den Kollegen Ernst, 1. Vorsitzender; Müller, 2. Vorsitzender; Oster, Kassierer; Meusers, 1. Schriftführer; Buch, 2. Schriftführer; Stegmann, Glöde, Abshoff und Kollegin Glasmacher als Beisitzer. Als Revisoren wurden Wenberger und Klampädler einstimmig wiedergewählt. Als Tariffschiedsgerichtsbeisitzer wurden Wink, Schmidt, Heiler und Bachus gewählt, als Delegierte zum Ortsauschuß Müller, Meusers und als Erlahmann Ernst.

Dann wurde die eigentliche Geschäftslage besprochen. Die Berichte aus einzelnen Betrieben waren nicht erfreulich. Charakteristisch ist das Treiben der Firma Dieß, die als erste dazu überging, unseren dort beschäftigten Kollegen die Leistungszulage abzubauen auf Grund eines Kundschreibens der Arbeitgeberorganisation. Unsere Kollegen haben das rundweg abgelehnt.

Zum Schluß machte Ernst bekannt, daß unser diesjähriges Stützfest im Mai großzügiger veranstaltet wird aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Zahlstelle. Nach einem Appell an die Anwesenden, im neuen Jahre die Ortsverwaltung tatkräftig zu unterstützen zum Wohle der Gesamtheit, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Großenhain. Am 26. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die etwas besser besucht sein konnte. Gebhardt gab den Jahres- und Kassenbericht, worauf zu erleben war, daß auch im vergangenen Jahre die Zahlstelle vor größeren Bewegungen und Kämpfen verschont geblieben war und daß der Kassenbestand für das neue Geschäftsjahr ein günstiger ist. Die Kollegenschaft nahm Kenntnis von den Forderungen der Unternehmer betreffs Lohnreduzierung usw. Die Wahlen zeigten folgendes Ergebnis: Vorsitzender und Kassierer Gebhardt, Schriftführer Pollatowky, Beisitzer Lehbach, Revisoren Goldbach und Brüdner.

Beschlossen wurde, unser fünfjähriges Bestehen als Zahlstelle der jetzigen schweren Zeit angemessen nur als geselliges Beisammensein der Mitglieder zu begehen, wozu wir unseren Gauvorsitzenden Plätze als Gast begrüßen werden. Der Vorstand wurde mit den diesbezüglichen Vorarbeiten betraut. Nachdem die örtlichen Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die angeregte Versammlung mit der Mahnung, stets treu zur Organisation zu halten.

Hirschberg. In unserer gut besuchten Hauptversammlung erstattete der Schriftführer den Jahresbericht. In zusammenfassender Weise wurden den Anwesenden die Ereignisse des vergangenen Jahres bekanntgegeben. Unsere Kasse befindet sich in guter Ordnung. Die Neuwahl der Ortsverwaltung vollzog sich glatt, und zwar wurde die alte Verwaltung unter Hinzuziehung des Kollegen Piesch als Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Als Kartellbelegierter fungiert Piesch. Der Mitgliederbestand beträgt 31 männliche und 166 weibliche.

In der Mitgliederversammlung am 2. Februar hielt Hölzel einen Vortrag über „Arbeiterchaft, Wirtschaft und Politik“. Er bedauerte den schlechten Besuch und die Interesslosigkeit der Mitglieder, gerade heute, wo die wirtschaftliche Not am größten ist und Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Arbeiterchaft doch mehr zusammenhalten müßte, um der Not zu steuern. Hölzel legte den Mitgliedern den Werdegang der Wirtschaft von 1914 bis 1926, den Aufbau des Verbandes, der Löhne und die jetzige Lage im allgemeinen dar. Zum Schluß forderte er die Mitglieder

auf, die heute Fehlenden und Saumfeligsten aufzurütteln und den Verband mit voller Kraft in die Höhe zu bringen, um zur gegebenen Zeit gerüstet zu sein. Der Vortrag fand reichen Beifall. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

München. In der Mitgliederversammlung vom 22. Januar beherrschten „Zeit- und Streitfragen der Gegenwart“ den ersten Punkt der Tagesordnung. Fallt referierte. Das Feldgeschrei der Unternehmer lautet: Mehrarbeit und Lohnabbau. Unsere Gegenforderung verlangt Aufrechterhaltung des Achtstundentages und Höherführung des Arbeitslohnes, um die Kaufkraft des Volkes zu erhöhen. Die Steigerung der Wirtschaft bedingt eine Abkehr vom alten, überlebten Produktionsprozeß, Inpflanzung der Produkte, Zutrauen zum Umlauf in der Geldwirtschaft. Ferner bedingt auch das Zuviel an vorhandenen Unternehmungen einen gründlichen Reinigungsprozeß, um wieder einen gefunden, stabilen Bau der Wirtschaftsträger zu ermöglichen. Eine üble Erscheinung in der Wirtschaft zeigt sich in der gegenwärtigen Zeit durch den Abbau alter erprobter Arbeitskräfte, die man kurzerhand ihrem Schicksal überantwortet, ohne zu bedenken, daß diese Menschen ihre besten Kräfte den Betrieben gestiftet haben. Man weiß wohl amerikanische Zustände zu würdigen, soweit die Arbeitskraft nutzbar für den Arbeitsprozeß ist, denkt aber gar nicht daran, die verbrauchte Arbeitskraft im Alter zu schützen. Während die amerikanische Wirtschaft durch gesteigerte Löhne den inneren Markt aufrechterhält, zeigt die deutsche Wirtschaft den Weg des inneren Verfalls. Daß bei diesen Anlagen des deutschen Unternehmertums auch unsere Arbeitgeber alles mitmachen, beweisen die Schwierigkeiten bei den letzten Tarifverhandlungen aller Sparten. Alle gegenwärtigen Umstände verlangen das volle Einsetzen aller Kräfte, um der Krise wie auch den Stürmen der Zukunft gewachsen sein.

Dann stellte Kinde folgende Anträge: I. Mit großer Befriedigung nimmt die Mitgliederversammlung der Zahlstelle München Kenntnis von dem Beschluß des Parteivorstandes der SPD., unter Vermittlung des ADGB gemeinsam mit der KPD einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur entschädigungslosen Entzignung der bis Herbst 1918 regierenden Fürstenthümer im Reichstag einzubringen und zur Unterstützung des Gesetzentwurfes sich an dem einzuleitenden Volksentscheid zu beteiligen.

II. Die Versammlung fordert weiter von den gleichen Parteien und Organisationen gemeinsames energisches Vorgehen zwecks Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf einen ausreichenden Betrag, Bereitstellung von Notstandsarbeiten bei tariflicher Bezahlung, Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, Zuteilung von genügend Brennmaterial, Befreiung von der Mietzinssteuer und Stundung der Gas- und Stromgebühren für die Dauer der Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit. Zu diesem Zweck sind von den Spitzenorganisationen gemeinsame Richtlinien herauszugeben und an die Funktionäre zur Durchführung weiterzuleiten.

Kinde begründete diese Anträge unter Hinweis auf die derzeitige Wirtschaftskrise und meinte, besonders bezüglich des Volksentscheides zur Fürstenabfindung müßte alles getan werden, um diese Befassung abzuwenden. Die Anträge wurden fast einstimmig angenommen. Eine Kritik zeitigte der letzte Bericht in der „Buchbinder-Zeitung“. Unter Hinweis auf den Beschwerdeweg an den Verbandsauschuß wurde betont, daß es eine unbedingte Handlung der Redaktion sei, Versammlungsbeschlüsse aus den Berichten zu streichen. Die auf eine von Bruggler aufgeworfene Frage nach dem Stand der in der letzten Generalversammlung gefassten Beschlüsse gemachten Mitteilungen konnten nicht befriedigen, ein Teil der Diskussionsredner verlangte, daß diese Frage einer Klärung zugeführt werden müsse. Zur Anregung Bruggers, den ausgesteuerten Mitgliedern aus der Vorkasse Unterstützung zu geben, bemerkte Müller, daß man alles versuchen werde, was im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit gesehen kann. Die Verwaltung hätte in diesem Falle noch nie beengende Gefühle an den Tag gelegt.

Plauen. Die am 2. Februar stattgefundene Generalversammlung der Zahlstelle wies einen etwas besseren Besuch auf als die letzten Versammlungen im alten Jahr. Sowohl der Geschäfts- als auch der Kassenbericht lagen vervollständigt vor, so daß sich jeder einzelne Verfallensbesucher ein klares Bild vom Stand der Zahlstelle und vor allem von der Tätigkeit der Ortsverwaltung im vergangenen Jahr machen konnte. Zu dem Bericht selbst führte der Vorsitzende Piesch unter anderem auch aus, daß das hinter uns liegende Jahr wohl als sehr arbeitsreiches, aber auch als ein erfolgreiches bezeichnet werden kann. Ist doch die Mitgliederzahl von 213 am Anfang auf 249 am Ende des Jahres gestiegen. Die Vorkasse weist jetzt einen Bestand von 585,- M. auf. Eine umfang-

reiche Tätigkeit hatte die Ortsverwaltung zu entfalten anlässlich des 25jährigen Bestehens der Zahlstelle und bei der Durchführung einer großen Hausagitation am Ort, die als Resultat 28 Neuaufnahmen zeitigte. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ging glatt vonstatten. Als Vorsitzender wurde Liebig und als Kassierer Mittelstädt einstimmig gewählt. Nachdem im weiteren Verlauf der Versammlung die letzten Entscheidungen im Bohntarif für die Kartonnagenbranche einer kurzen Erörterung unterzogen wurden, wies der Vorsitzende noch auf den bevorstehenden Volksentscheid betreffs der Abfindung der Fürsten hin. Er forderte dabei die Kollegenschaft auf, sich nicht nur bei dieser Gelegenheit in die Reihen der aktiven Kämpfenden zu stellen, sondern im kommenden Jahr überhaupt eine stärkere Initiative in bezug auf den Verfallensbesuch und alle anderen Bestrebungen der Organisation zu entfalten.

Inhaltsverzeichnis.

- Die Neuwahlen der Betriebsräte.
- Unser Verbandsbeitrag.
- Entscheidungen zu unseren Reichstagsverträgen: „Api“-Vertrag.
- Die Brierer Geschäftsbuchfabriken als Bruchstätten der gelben Sumpfpflanze!
- Der Arbeitsmarkt im Januar.
- Und nochmals: Das Buch ist zu teuer!
- Götterdämmerung im kommunistischen Verband.
- Einheitsfront, der neue Schwindel!
- Behandlung und Aufbewahrung gummierter Erzeugnisse.
- Pappschachtel und Flugzeug.
- Sinnpruch.
- Das Leder in Handwerk und Kunstgewerbe III.
- Für unsere Kolleginnen: Arbeits Hände (Gebicht) — Die Frauen und das Gewerkschaftsblatt — Frauenaufgaben — Ein Streik um Frauenehre — Der Schwangerschutz im Sächsischen Landtag — Wieviel Frauen gibt es in Deutschland? — Die Bewegungsfähigkeit der Frau im Mittelalter — Sinnprüche.
- Internationalitates: Ungarn — Schweden — Steigende Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern — Pommernellen.
- Berichte: Düsseldorf — Großenhain — Hirschberg — München — Plauen.
- Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Abrechnungen — Adressenänderungen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1925 gingen weiter bis zum 9. Februar bei der Verbandskasse ein von: Gau Nordosten 900,- M., Königsberg 600,- M., Markt, Kottbus 402,05 M., Stettin 2200,- M., = Außenwaide 2950,- M., = Gau Hannover 770,- M., Markt, Detmold 680,- M., Hannover 7000,- M., = Dortmund 1250,- M., Düsseldorf 211,50 M., Gessertkirchen 80,- M., Gummersbach-Münderoth 304,10 M., = Neuwied 150,- M., = Gau Hesse-Pfalz —, M., Frankfurt a. M.-Offenbach 3495,- M., Markt, Sulda 47,25 M., Hanau 500,- M., Ludwigshafen 350,- M., Mannheim 700 M., Neustadt-Haardt 320,- M., = Nordhausen 205,- M., = Aue i. Ergg. 100,55 M., Ebersbach-Neugersdorf 100,- M., Freiberg i. Sa. 50,- M., Plauen i. V. 1550,- M., Jitzau —, M., = Gau Württemberg und Baden 1057,60 M., Freiberg i. Br. 650,- M., Karlsruhe 500,- M., Rahr 2500,- M., Stuttgart 7989,10 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Stolp, = Kottbus, = Bünde i. W., Göttingen, Minden, = Dülmen, Münster, = Alwe, Koblenz, Erier, Wiesdorf, = Giechen-Wehlar, Saarbrücken, = Halle, Mühlhausen, Schletz, Stabroda, Tennstedt, Weiskensels, = Glauchau, Nerchau, Reichenbach, Sebnitz, Zwickau, = Regensburg, Schwelmfurt, = Gau Südbayern, Augsburg, München.

Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
- Ufcherleben. B. u. K.: O. Flügel, Herrenbreite 15.
- Ludwigshafen. B.: M. Scheuring, Gellertstr. 48 II.
- K.: B. Alm, Wredestr. 34 V. Unterstüßungsauszahlung von 5 bis 6 Uhr.
- Neustadt a. d. H. B.: E. Wüsch, Hauptstr. 121 II.
- K.: P. Schwabe, Webergasse 5. Unterstüßungsauszahlung von 6 bis 7 Uhr; Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Der Verbandsvorstand.